

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage *Neue Welt* einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Telephon: 18698.
Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends
(außer Sonnabends).

Inserate kosten die bespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Plabroschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im Voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die jährige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseratenannahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Postgebäude. Telephon: 2721.

Der Tag der Abrechnung.

36 000 entrechtete Wähler der dritten Klasse sollen morgen mit den reaktionären Mittelständlern, den berufsmäßigen Volksbetrügnern, den Nationalliberalen, abrechnen für die rückständige, volksverwüstende Kommunalpolitik in Leipzig. Nicht genug damit, daß sich die besitzenden Cliquen, die Hausbesitzer, die Industriellen und Handelsmagnaten durch das elende Dreiklassenwahlrecht der ganzen Stadtvertretung und -verwaltung zu ihrer ausschließlichen Interessenwahrung in zwei Klassen bemächtigt haben, sie sind frech genug, den Wählern der dritten Klasse völlige politische Selbstentmannung mit der Wahl bürgerlicher Vertreter für die dritte Klasse zuzumuten. Sechzehn Jahre schmachtet die intelligente Leipziger Arbeiterbevölkerung unter dem Dreiklassenwahlrecht und den Versuch, sich dieser Schmach zu entledigen, beantwortete der Rat und die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit mit einer verschlechterten Wahlfreieinteilung, die Polizei machte aus dem Rathaus eine Polizeiwachtstube und berittene Schutzleute sollten die Demonstration für das allgemeine Wahlrecht unmöglich machen. Das waren die geistigen Waffen der bürgerlichen Vertreter zur Erhaltung der Dreiklassenschmach. Wie zur politischen Unterdrückung der Arbeiterklasse wirkt die Polizei fortgesetzt bei den Wirtschaftskämpfen der Arbeiter zugunsten der Unternehmer. Dafür zahlt die Leipziger Einwohnerschaft zur Erhaltung der Polizei jährlich 2 246 762 Mark.

Die Macht der Polizei muß beseitigt, die Polizei selbst muß der Staatsgewalt entzogen und in die Gemeindeverwaltung übergeführt werden, damit sie unter die Kontrolle und unter die Befehle der Stadtverwaltung kommt.

Nur die blasse Furcht vor der Abrechnung hat die feigen Liberalen jetzt, 24 Stunden vor der Wahl, gezwungen, ihr eigenes Machwerk, das Dreiklassenwahlrecht, zu verleugnen.

Entrechtete Wähler Leipzigs, denkt daran, daß die Liberalen mit den Mittelständlern zusammen am 6. Juli 1910 die sozialdemokratischen Anträge auf

Einführung des allgemeinen Wahlrechts, ohne ein Wort zu verlieren, brutal niedergedrampelt haben. Und jetzt wagen die Liberalen Euch zu versprechen: „Das gegenwärtige Wahlrecht wollen wir beseitigen und an seine Stelle ein neues Gemeindewahlrecht mit gerechter Verteilung des Einflusses unter alle Schichten der Bevölkerung setzen.“ Wollt Ihr den liberalen Lügnern immer wieder glauben? Wollt Ihr auf ihre betrügerischen Versprechungen bei jeder Wahl aufs neue hineinfallen, so daß sie Euch mit Recht für politische Simpel halten können?

Zur politischen Entrechtung, zur polizeilichen Unterdrückung kommt noch die schamlose wirtschaftliche Ausplünderung. Jeder Versuch der Unterdrückten, die Wirkung der Ausplünderung durch die Wucherzölle und Steuern abzuschwächen, wird mit dem Polizeisäbel und dem Schrei nach Zuchthausgesetzen beantwortet. Die sozialdemokratischen Anträge auf Einreichung einer Petition zur Aufhebung der Vieh- und Futterzölle, Aufhebung der Schlachtsteuer und der Uebergangsabgabe von zollvereinsländischem Fleisch wurden am 7. September vom Rat und den bürgerlichen Parteien schlangweg abgelehnt. Die Arbeiterbevölkerung, der Mittelstand muß den Hungerriemen noch fester zuziehen. Das ist die kommunale Mittelstands- und Arbeiterpolitik der Liberalen und der Mittelständler, die jetzt schamlos genug sind, um die Stimmen der Dreiklassenwähler zu buhlen.

Der Wohnungsmangel hat einen für die Bevölkerung gemeingefährlichen Charakter angenommen. Obdachlosenhäuser, Armenanstalten sind gefüllt, der Rat mußte eine leerstehende Turnhalle erwerben, er mußte das Einquartierungshaus benutzen, um den Opfern der gemeinschädlichen kurzfristigen Leipziger Kommunalwohnungspolitik in der Winterkälte ein notdürftiges Unterkommen zu schaffen. Das sind die Früchte der Leipziger Wohnungspolitik. Wähler, denkt morgen daran, daß die sozialdemokratischen Anträge, die auf eine Abhilfe der Wohnungsnot abzielten, von den bürgerlichen Parteien in den Papierkorb geworfen wurden.

Wähler, seid gewarnt! Auf zur Wahl!